
*Dr. Josef Braml,
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
Berlin*



**„Amerika unter Obama –
Nicht alles wird besser für Europa“**

*Vortrag auf der Mitgliederversammlung
der GFWW am 17. März 2009
im Senatssaal der Europa-Universität Viadrina*

- Abstract -

Wirtschaftliche Probleme und das wachsende Haushaltsdefizit werden die USA veranlassen, die Kosten ihres internationalen Engagements auf Alliierte abzuwälzen. Insbesondere Europa muss aus amerikanischer Sicht finanziell stärker in die Pflicht genommen werden. Der innenpolitische Druck in den USA wird eine kontroverse transatlantische Lastenteilungsdebatte forcieren.

Die US-Regierung unter Präsident Obama wird sich an die diplomatische Arbeit machen, aus George W. Bushs viel gescholtener „Koalition der Willigen“ eine „Koalition der Zahlungswilligen“ zu schmieden. Dafür sollen multilaterale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die NATO oder auch neu zu schaffende, instrumentalisiert werden.

Angesichts der kritischen wirtschaftlichen Situation und der unsicheren Stimmung in den USA wird es künftig in der US-Handelspolitik verstärkt protektionistische Tendenzen und damit auch transatlantische Schwierigkeiten geben. Wichtiger als die Positionierung des Präsidenten wird in diesem Politikfeld die Haltung der Legislative sein. Internationale Handelsabkommen müssen vom Kongress ratifiziert werden. Präsident Obama wird große Schwierigkeiten haben, Freihandelspolitik durchzusetzen, sollte er es überhaupt wollen oder versuchen.

Schließlich gibt es aber auch bessere Kooperationsmöglichkeiten in einem zentralen Politikfeld, namentlich der Energiepolitik. Hier eröffnen sich große Chancen für die transatlantische Zusammenarbeit. Aus sicherheits-, wirtschafts- und umweltpolitischen Gründen werden die USA unter Obamas Führung einen energiepolitischen Kurswechsel vollziehen. Neben dem Präsidenten spielen in diesem Politikbereich verschiedene Akteure eine treibende Rolle. Das sind erstens die Einzelstaaten, die viele Initiativen vorantreiben. Zweitens haben die Gerichte, insbesondere das Oberste Gericht, ein wichtiges Wort mitzureden. Drittens sind Graswurzelorganisationen und Nichtregierungsorganisationen zu wichtigen Akteuren in diesem Politikfeld geworden. Viertens stellen sich auch Wirtschaftsvertreter und Interessengruppen auf veränderte Rahmenbedingungen ein; sie wollen das für sie Schlimmste verhindern, indem sie sich an die Spitze der Reformbewegung stellen und sie in Richtung technologieorientierte Lösungen zu leiten versuchen. Schließlich sind auch die den Interessen ihrer Wahlkreise und Einzelstaaten verpflichteten 535 Einzelunternehmer im Kongress – Senatoren und Abgeordnete – wichtige Spieler in der Energiepolitik.

Die deutsche Politik und Wirtschaft sollte ihre Aufmerksamkeit nicht nur auf die Exekutive und den neuen US-Präsidenten fixieren, sondern auch über die Ebene der Einzelstaaten und über den Transmissionsriemen der nationalen Legislative ihre Politikvorstellungen in die öffentliche Debatte der USA einspeisen.
